



Oberbürgermeister Patrick de La Lanne (links) mahnte auf der Bürgerkonferenz zur Bundesstraße 212 ein faires Verfahren an. FOTO: INGO MÖLLERS

Kämpferische Töne gegen B 212

Oberbürgermeister kritisiert Verfahren / Experte: Gutachten sind willkürlich

Von unserer Redakteurin
Ute Winsemann

DELMENHORST. Kämpferische Töne gab es am Dienstag auf der Bürgerkonferenz zum Neubau der Bundesstraße 212 zu hören. Nicht nur die Interessengemeinschaft (IG) B212-freies Deich- und Sandhausen wies erneut auf Planungsmängel und negative Auswirkungen auf die Stadt hin und kündigte weiteren Widerstand an. Auch Oberbürgermeister Patrick de La Lanne äußerte erheblich deutlichere Kritik am Verfahren und an den beteiligten Behörden als bisher.

Delmenhorst dürfe nicht von Land und Bund „untergepflegt“ werden, mahnte er. Schließlich sei die Beeinträchtigung durch Verkehr auf Straßen und Schienen sowie durch den nahegelegenen Flughafen Bremen schon jetzt überdurchschnittlich. „Ich kenne keine Stadt, die von allen drei Verkehrsarten so stark belastet ist“, erklärte der Oberbürgermeister. Die prognostizierte Zunahme des Verkehrs durch die B212 nannte er „gigantisch“. Zumindest die Tendenz bestätigte Hildegard Zeck, Referatsleiterin für Raumordnung und Landesentwicklung im niedersächsischen Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung: „Niemand kann bestreiten, dass Delmenhorst Verkehr abbekommt.“

Umso mehr forderte de La Lanne ein faires, ergebnisoffenes Verfahren. Während

Zeck das zusicherte, meldete de La Lanne Zweifel an. Die Stadt werde von Land und Bund nicht ausreichend informiert. Die von den Planungsbehörden in Auftrag gegebenen Untersuchungen bezeichnete er als „nur Pfusch“ und „Gefälligkeitsgutachten“.

Dabei stützte er sich unter anderem auf ein von der Stadt in Auftrag gegebenes Gegengutachten, das der Verfasser Joachim Hartlik vorstellte. Darin kommt der Experte für Umweltprüfungen und Qualitätsmanagement zu dem Schluss, dass auch das jüngste Ergänzungsgutachten, das erneut aus Naturschutzgründen der von Delmenhorst abgelehnten Südtrasse den Vorzug gibt, unzureichend, teilweise nur auf Vermutungen gestützt und willkürlich sei. Alle Gutachten zusammen bewertete Hartlik als in sich nicht stimmig.

Während es dabei vor allem um Naturschutz ging, zeigte IG-Sprecher Uwe Kroll die Auswirkungen auf die Menschen auf. Nicht nur auf der Stedinger Straße werde sich der Verkehr auf fast 22000 Fahrzeuge pro Tag ungefähr verdoppeln, sondern auch auf anderen Straßen massiv zunehmen. Die Oldenburger Straße etwa würde mit knapp 25000 Fahrzeugen pro Tag zur am stärksten befahrenen Straße der Stadt. Und selbst kleinere Straßen wie die Delmestraße würden durch Ausweich-

verkehr erheblich belastet. Lediglich in Deichhausen und in östlichen und südlichen Stadtteilen werde mit Entlastung gerechnet.

Schon im Herbst könnte es einen ersten Vorgeschmack auf die Verkehrsbelastung geben. Kroll kündigte an, dass die IG für Anfang September zu einer Demonstration aufrufen wolle, bei der zwecks Simulation der künftigen Verhältnisse der Verkehr gezielt behindert werden solle. Ebenfalls für September oder Oktober wolle die Stadt einen weiteren Ortstermin mit Abgehen der vorgesehenen Strecke organisieren, sagte de La Lanne.

Mit der bereits in Angriff genommenen Gründung eines gemeinnützigen Vereins will die IG dem Widerstand außerdem eine bessere Grundlage bereiten. Ein Augenmerk der Aktivitäten gilt möglichen juristischen Auseinandersetzungen. Zu diesem Zweck wolle die IG Klagen

inhaltlich vorbereiten, geeignete Kläger ausfinden und einen Klagefonds einrichten, erklärte Kroll. Zuvor hatte bereits de La Lanne darauf hingewiesen, dass Gerichtsverfahren eine derartige Planungsangelegenheit leicht erheblich in die Länge ziehen könnten. Denjenigen, denen an einer schnellen Realisierung gelegen ist, riet der Oberbürgermeister daher, die Delmenhorster Belange ernst zu nehmen.

»Niemand kann
bestreiten, dass

Delmenhorst

Verkehr

abbekommt.«

Hildegard Zeck,
Referatsleiterin